

Februar 2013

AMNESTY JOURNAL

DIE ZEITSCHRIFT FÜR MENSCHENRECHTE



DAS GROSSE STERBEN IM MITTELMEER

INHALT

REUTERS/Michael Koren



4 Das große Sterben im Mittelmeer

Elias Bierdel über Bootsflüchtlinge, die auf ihrem Weg nach Italien oder Griechenland ertrinken

8 Aktuell

9 Italien: Ausbeutung von SaisonarbeiterInnen in Italien

10 Der Knochenmann

Von der Aufgabe, Guatemalas Knochen zu lesen

11 Erfolge

12 Eine Kirche wird zum Gefängnis

Reportage aus der Votivkirche von Eva Bachinger

15 An alle Frauen dieser Welt, seid stark!

Interview mit einer ehemaligen „Trostfrau“, die von der japanischen Armee missbraucht wurde

16 Hände hoch für die Waffenkontrolle

Ein Waffenhandelskontrollvertrag vor dem Abschluss?

18 „Sie haben uns behandelt wie Tiere“

Amnesty International vor Ort in Rumänien.

21 Echter Einsatz für echt Wichtiges

Der Straßenwerber Merlin Trampert

Impressum: Amnesty International. Informationen 022033408. **Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin:** Amnesty International Österreich, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1. Stock, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44. E-Mail: info@amnesty.at. **Chefredaktion:** Christine Newald; **Finanz- und Spendenverwaltung:** Christian March; **Datenschutzbeauftragte:** Christine Newald; **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Eva Bachinger, Elias Bierdel, Sonja Fercher, Siobhan Gheets, Banie Kastl, Christine Pendl, Daniela Schier, Kristin Hulaas Sunde, Andrea Strasser-Camagni, Martin Stübinger, Georges Younes. *Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.* **Design:** Patricio Handl; **Korrektur:** Textservice Stroblmayr; **Foto Cover:** REUTERS/Guardia di Finanza Press Office/Handout **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: (c) AI. **Druck:** Druckerei Berger, Wienerstraße 80, 3580 Horn; **Amnesty-Spendenkonto:** PSK 1.030.000. **Vereinsregister:** ZVR 407408993

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaberin (Verlegerin): Amnesty International Österreich, eingetragener Verein, 1150 Wien, Moeringgasse 10/1, Tel.: (01) 7 80 08, Fax: (01) 7 80 08-44; **Vorstandssprecher:** Anton Lorenz; **Vorstand für Finanzen:** Günther Oberklammer; **Vorstandsmitglieder:** Werner Inmann, Theresia Kandler, Bernhard Morawetz, Irene Planer, Linda Sepúlveda, Walter Witzersdorfer; **Generalsekretär:** Heinz Patzelt; **Geschäftsführerin:** Barbara Weber; **Auflage:** 48.000 Stück; erscheint quartalsmäßig; **Erscheinungsort:** Wien.

Erklärung über die grundlegende Richtung: Die grundlegende Richtung des Amnesty Journals ergibt sich aus den Satzungen des Vereins, den Beschlüssen der Internationalen Ratstagung und des Internationalen Exekutivkomitees sowie aus den Beschlüssen der Generalversammlung und des Vorstandes von Amnesty International Österreich. Das Amnesty Journals richtet sich an ÖsterreicherInnen, die sensibel für humanitäre und menschenrechtliche Anliegen sind und Interesse an persönlichem Engagement zeigen.



EDITORIAL

Der Aufschrei der Unsichtbaren

Von Christine Newald



Wir wollen sie nicht sehen, die Flüchtlinge, die im Urlaubsparadies Mittelmeer verrecken, die Asylwerber und Asylwerberinnen, die bei uns Zuflucht suchen, aber auch die Roma-Familien, die so gar nicht ins Stadtbild einer modernen europäischen Stadt passen. Wir versenken ihre Boote unter dem Deckmantel der Grenzsicherung, die, die es trotzdem schaffen, stecken wir in Lager und die, die immer schon da waren, siedeln wir um in Slumsiedlungen am Stadtrand.

In einer Welt, die so sehr nach Leistung und Anpassung ruft, passen immer mehr Menschen nicht ins Bild. Doch immer mehr erheben ihre Stimme und fordern einen Platz in der Mitte der Gesellschaft.

Das ist unbequem. Das stellt unser eigenes Lebensmodell in Frage. Frei nach Huxley erscheint in unserer formierten Gesellschaft diese Art von Individualismus als unsozial. Also wird an den Rand gedrängt, wer – wie einer der rebellischen Außenseiter in Huxleys Roman – für sich fordert: „Ich brauche keine Bequemlichkeit. Ich will Gott, ich will Poesie, ich will wirkliche Gefahren und Freiheit und Tugend.“

Ist es das Unbekannte, das uns Angst macht, oder eher die Tatsache, dass wir so viel Armut und Elend vor unserer Haustür lieber nicht sehen wollen? Oder regt es uns vielleicht einfach auf, dass es da Menschen gibt, die Forderungen stellen, anstatt dankbar Almosen entgegenzunehmen? Die ihre Stimme erheben und vielleicht auf unbequeme Missstände aufmerksam machen? Die ihre Hand auf Wunden legen, die wir lieber nicht sehen würden?

Lesen Sie dazu die aktuelle Ausgabe des Amnesty Journals und machen Sie sich selbst ein Bild.

Christine Newald



ANONYME BEERDIGUNG: AM 5. JÄNNER WURDEN AUF DEM KLEINEN FRIEDHOF VON THERMI AUF DER INSEL LESBOS 23 AFGHANISCHE OPFER EINES BOOTSUNGLÜCKS VOM DEZEMBER 2012 BEERDIGT.

DAS GROSSE STER

Mehr als tausend Menschen sterben jedes Jahr an den Außengrenzen der Europäischen Union. Vor allem die gefährlichen Routen über das Mittelmeer fordern die meisten Todesopfer. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ertrinken afghanische Familien in der Ägäis, versinken überladene Flüchtlingsboote bei der Überfahrt von Nordafrika in Richtung Malta oder Sizilien. Niemand kennt die genaue Zahl der Verschwundenen.

Von Elias Bierdel

Das Mittelmeer sei das „mit Abstand tödlichste Gewässer weltweit“, befand der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge im Jahr 2011. Die geschätzte Zahl der Opfer laut UNHCR lag bei über 1.800. Bereits im Jahr 2006 hatten die Behörden der Kanarischen Inseln ihre Schätzung veröffentlicht, wonach allein in diesem einen Jahr vor den Kanaren wohl an die 6000 Menschen ertrunken seien. Es muss befürchtet werden, dass die Dunkelziffer in beiden Fällen bei Weitem höher liegt. Denn die tödlichen Dramen, die Menschenrechtsorganisationen entlang der Küsten und Landgrenzen rund um

die „Festung Europa“ dokumentieren, reißen nicht ab.

BEISPIEL GRIECHENLAND: Nachdem die einzige Landgrenze zum Nachbarland Türkei am Fluss Evros mit tatkräftiger Unterstützung durch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX für Flüchtlinge und MigrantInnen abgeriegelt wurde, beginnen nun wieder die Überfahrten auf wackligen Booten zu den griechischen Ägäis-Inseln. Dort erreichen die Passagiere und Passagierinnen ein von der Wirtschaftskrise zerrüttetes EU-Land, dessen Strukturen – gerade hinsichtlich der Aufnahme von „nicht dokumentierten“ ImmigrantInnen – längst hoffnungslos überfordert sind. Und immer mehr



BEN IM MITTELMEER

Menschen erreichen das rettende Ufer überhaupt nicht mehr.

BEERDIGUNGEN OHNE TRAUERGÄSTE. Am 5. Jänner wurden auf dem kleinen Friedhof von Thermi auf der Insel Lesbos 23 afghanische Opfer eines Bootsunglücks vom Dezember 2012 beerdigt. Nur wenige Trauergäste hatten sich zum letzten Geleit eingefunden, selbst vorwiegend Flüchtlinge und Überlebende. Vergebens hatten lokale UnterstützerInnen von den Behörden die Herausgabe der SIM-Karten aus den Handys der Toten erbeten, um mögliche FreundInnen und Angehörige vom tragischen Ende der Ertrunkenen informieren zu können. Überhaupt wurde das Verhalten der beteiligten Be-



FLÜCHTLINGSBOOT VOR LAMPEDUSA

REUTERS/Antonio Parrinello

DAS «INTERNATIONAL HUMAN RIGHTS CAMP» FINDET HEUER ZWISCHEN DEM 13.–20. JULI IN GRIECHENLAND STATT.



Insgesamt 70 Menschenrechts-AktivistInnen aus ganz Europa, Westafrika sowie dem Nahen Osten und Nordafrika werden eine Woche auf Lesbos verbringen, um auf die Situation von Flüchtlingen an der türkischen-griechischen Grenze aufmerksam zu machen.

Mit einem Flashmob haben Amnesty-AktivistInnen letztes Jahr auf Lampedusa unter den Augen der zahlreichen Badegäste ein SOS nach Europa geschickt – als Zeichen der Solidarität mit den vielen Menschen in Not an den europäischen Außengrenzen.

amtInnen von FlüchtlingshelferInnen heftig kritisiert. So habe die Besatzung eines FRONTEX-Patrouillenbootes nach der Rettung eines ersten Schiffbrüchigen wertvolle Zeit verstreichen lassen, ohne jedoch nach möglichen weiteren Überlebenden zu suchen. Erst als am nächsten Morgen die ersten Leichen am Strand von Thermi angeschwemmt wurden, begann die Küstenwache eine Suchaktion. Zu retten gab es zu diesem Zeitpunkt jedoch nichts mehr. Das versunkene Boot liegt einige hundert Meter vor der Küste auf dem Meeresgrund. Vermutlich befinden sich noch die sterblichen Überreste von zwei Frauen und zwei Kindern in dem Wrack. Die Behörden haben erklärt, dass eine Bergung nicht vorgesehen sei.

Weder das Unglück selbst noch die verstörenden Umstände der Nicht-Rettung haben es in die Meldungen von Zeitungen und Nachrichtensendungen in Zentraleuropa geschafft. Denn die waren bereits der Erinnerung an ein anderes Schiffsunglück vorbehalten: Der Jahrestag des Untergangs der „Costa Concordia“ beherrschte tagelang die Schlagzeilen, während die zeitgleich stattfindende ärmliche Beerdigung der Opfer eines aktuellen Dramas unerwähnt blieb. Das macht einmal mehr schmerzlich sichtbar, wie ungleich die Opfer von Schiffskatastrophen im Mittelmeer behandelt werden. Jene, die mit kleinen Booten an den Außenmauern der „Festung Europa“ zerschellen, werden kaum zur Kenntnis genommen, während die tragische Fahrlässigkeit eines Kreuzfahrt-Kapitäns monatelang die Schlagzeilen beherrscht.

ABSCHOTTUNGSPOLITIK DER EU. Doch der Vorfall macht auch deutlich, dass die EU-Politik der Grenzabschottung als Antwort auf die sensiblen Fragen nach Flüchtlings- und Menschenrechten gescheitert ist. Menschen, die sich der EU nähern, werden pauschal vor allem als „Sicherheitsproblem“ wahrgenommen und behandelt. Bedenklich, dass die FRONTEX-kooordinierten Aktivitäten der diversen Einheiten von Küstenwache, Militär, Zoll und Polizei nicht der parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Zwar untersagte der Eu-

www.borderline-europe.de



DER AUTOR ELIAS BIERDEL MIT DEN RESTEN EINES BOOTES AUF DER INSEL LESBOS



NAVIGATIONS COMPUTER ITALIEN.
FISCHKUTTER ZEIGT GESUNKENE FLÜCHTLINGSBOOTE



DIE FETZEN EINES SCHLAUCHBOOTES
ZEUGEN EINER KATASTROPHE



30. INTERNATIONALE SOMMERAKADEMIE ZUM THEMA FLUCHT UND MIGRATION

Die 30. Internationale Sommerakademie auf der Friedensburg Schläining lädt vom 30. Juni bis 5. Juli ExpertInnen, AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und Studierende zu Diskussionen und Workshops zum Thema „Flucht und Migration – von Grenzen, Ängsten, Zukunftschancen“ ein.

Infos/Anmeldung:

sommerakademie@friedensburg.at



FRIEDENBURG · PEACE CASTLE
SCHLAINING · AUSTRIA

europäische Menschenrechtsgerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Februar 2012 ausdrücklich die bis dahin offiziell geübte, oft tödliche Praxis der „Zurückweisung“ von Flüchtlingsbooten auf offener See. Doch es sieht derzeit kaum so aus, als hätte sich tatsächlich etwas geändert. Doch interessiert das irgendjemanden? Nicht einmal die TouristInnen auf den beliebten Urlaubsinseln nehmen zur Kenntnis, was sich an ihren Badestränden abspielt.

VERZWEIFELTER APPELL AN EUROPA. Die Bürgermeisterin der italienischen Insel Lampedusa, Giusi Nicolini, wandte sich im November 2012 in einem verzweifelten Appell an die europäische Öffentlichkeit, nachdem der Friedhof ihrer Gemeinde die vielen Leichen der Ertrunkenen nicht mehr aufnehmen konnte. „Es ist für mich unerträglich und für unsere Insel ein großer Schmerz“, sagte die Politikerin im italienischen Fernsehen. „Wir mussten andere Bürgermeister der Provinz um Hilfe bitten, um die letzten elf Leichen würdevoll zu bestatten. Wir hatten keine Gräber mehr zur Verfügung.

Wir werden neue schaffen, aber jetzt frage ich: Wie groß muss der Friedhof auf meiner Insel noch werden? Ich bin über die Gleichgültigkeit entrüstet, die alle angesteckt zu haben scheint; mich regt das Schweigen von Europa auf, das gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat, und nichts sagt, obwohl es hier ein Massaker gibt, bei dem Menschen sterben, als sei es ein Krieg.“ Und Guisi Nicolini betrachtet die wachsenden Massengräber auf dem Grund des Mittelmeeres als keineswegs zufälliges Ergebnis einer zynischen, verfehlten Politik: „Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen. Vielleicht betrachtet sie sie sogar als Abschreckung. Aber wenn für diese Menschen die Reise auf den Kähnen den letzten Funken Hoffnung bedeutet, dann meine ich, dass ihr Tod für Europa eine Schande ist. Wenn Europa aber so tut, als seien dies nur unsere Toten, dann möchte ich für jeden Ertrunkenen, der mir übergeben wird, ein offizielles Beileidstelegramm

erhalten. So als hätte er eine weiße Haut, als sei es unser Sohn, der in den Ferien ertrunken ist.“

In der Tat erscheint es schwer nachvollziehbar, warum der himmelschreiende Skandal des tausendfachen Sterbens an unseren Grenzen nicht zu einem allgemeinen Aufschrei der Empörung führt. Jedenfalls ist schon aus grundsätzlichen demokratiepolitischen Erwägungen eine offene und ehrliche Debatte über die „Festung Europa“ und ihre tausenden anonymen Opfer unerlässlich. Denn nur, wenn wir die zahllosen Toten wenigstens zur Kenntnis nehmen, kann die längst überfällige breite Diskussion über Fluchtursachen, Menschenrechte und Asyl in der Europäischen Union geführt werden.

Elias Bierdel arbeitet als Experte am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) auf der Friedensburg Schläining. Der gelernte Journalist war im Juni 2004 vor Lampedusa an der Rettung von 37 afrikanischen Schiffbrüchigen durch das deutsche Hilfsschiff „Cap Anamur“ beteiligt.

www.borderline-europe.de

AKTUELL

SYRIEN IN ZAHLEN



REUTERS/Goran Tomasevic

Die anhaltende Gewalt in Syrien hat mehr als **29.500 Leben** gekostet und **1,2 Millionen Menschen** innerhalb des eigenen Landes vertrieben.

Im Dezember 2012 waren mehr als **500.000 Menschen** in den Nachbarländern als Flüchtlinge registriert oder warten noch auf die Erfassung im Libanon, in Jordanien, der Türkei und in Nordafrika.

Die Europäische Union hat nach Angaben des UNHCR **16.500 Asylanträge** von SyrierInnen zwischen Jänner 2011 und August 2012 erhalten.



REUTERS/Atif Diab



ÄGYPTEN: FRAUEN ZAHLEN EINEN HOHEN PREIS FÜR IHREN MUT

Seit der „Revolution des 25. Januar“ vor 2 Jahren haben die Armee und die Polizei Ägyptens mehr als hundert DemonstrantInnen getötet. Hunderte weitere Menschen wurden verletzt. Protestierende wurden von Militär- und Polizeikräften inhaftiert und gefoltert. Viele Frauen wurden Opfer sexueller Gewalt. All diese Menschen haben derzeit kaum eine Chance auf Gerechtigkeit. Die ägyptische Polizei agiert jenseits des Gesetzes. Armeeangehörige können nicht vor zivilen Gerichten angeklagt werden, ZivilistInnen jedoch von Militärgerichten verurteilt.

EMPÖRENDE JUNGFRÄULICHKEITSTESTS. Frauen waren an der Revolution an vorderster Linie beteiligt. Sie mussten für ihren Mut einen hohen Preis zahlen, erfuhren geschlechtsbedingte Schikanen wie Jungfräulichkeitstests. Soldaten wurden gefilmt, während sie auf Frauen einschlugen, sie traten und an den Haaren durch die Straßen schleiften. Die Armee hat sich zwar für die Übergriffe entschuldigt, möchte die gewalttätigen Vorfälle aber am liebsten unter den Teppich kehren.

„Ägypten muss den Tod von Hunderten von DemonstrantInnen, die seit Anfang 2011 getötet worden sind, untersuchen. Sicherheitskräfte haben regelmäßig Tränengas, Wasserwerfer, Gewehre, Gummigeschosse und scharfe Munition gegen Demonstranten und Demonstrantinnen eingesetzt“, sagt Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International Österreich



MALI: MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN ZIVILISTINNEN

REUTERS/Joe Penney



Seit dem Beginn des bewaffneten Konflikts im Norden Malis im Januar 2012 hat Amnesty International völkerrechtliche Verbrechen von allen Parteien des Konflikts dokumentiert. Tuareg und die islamistischen bewaffneten Oppositionsgruppen haben Menschenrechtsverletzungen begangen, darunter Folter und Tötungen von gefangenen malischen Soldaten, Vergewaltigung von Frauen und Mädchen und die Rekrutierung von Kindersoldaten. Außerdem haben sie kulturelle und religiöse Stätten zerstört. Ebenso haben malische Sicherheitskräfte mit außergerichtlichen Hinrichtungen von ZivilistInnen und dem wahllosen Beschuss eines Tuareg-Nomaden-Camps Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht verletzt.

„Frankreich und Mali müssen den Vorfällen der letzten Wochen in einer unabhängigen Untersuchung nachgehen und die Resultate öffentlich machen, um Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für alle Opfer zu gewährleisten“, fordert Gaëtan Mootoo, Experte von Amnesty International in Mali.

ITALIEN: AUSBEUTUNG VON LANDARBEITERINNEN

Von Sonja Fercher

20 Euro für lange Arbeitstage, menschenunwürdige Unterkünfte und Abhängigkeit von den ArbeitgeberInnen: Amnesty hat sich ein Bild von der prekären Lage von ErntearbeiterInnen in Italien gemacht und ist auf systematische Ausbeutung gestoßen.



Wir haben von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends gearbeitet, jeden Tag in der Woche, für 20 Euro am Tag. Wir durften keine Pausen machen, nicht einmal um zu essen. Wir aßen die Orangen von den Sträuchern.“ Mit diesen Worten schildert Kojo, ein Landarbeiter aus dem Togo, die Arbeitsbedingungen auf einer Plantage im süditalienischen Rosarno. Nachzulesen ist seine Aussage in einem Bericht von Amnesty International über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von MigrantInnen in Italien, die auf den Feldern unter schwerem körperlichen Einsatz für einen Hungerlohn Obst und Gemüse ernten.

Kojo arbeitet in jenem Ort, der vor zwei Jahren negative Schlagzeilen machte, als Proteste von MigrantInnen eskalierten, was BewohnerInnen zum Anlass nahmen, eine Menschenjagd auf die dort lebenden afrikanischen MigrantInnen zu machen. Zwei Jahre später begab sich Amnesty erneut vor Ort, um die Lage zu überprüfen. Das Ergebnis: Zwar hatten sich die Lebensbedingungen verbessert, in erster Linie allerdings nicht durch staatliche Bemühungen, sondern dank des Einsatzes von NGOs. An der Ausbeutung der LandarbeiterInnen aber hat sich

nur wenig geändert. Dabei ist Rosarno wohl nur ein Ort von vielen, an dem MigrantInnen ausgebeutet werden. Amnesty machte sich in zwei weiteren Provinzen ein Bild von der Lage, in Latina südlich der Hauptstadt Rom sowie in Caserta nördlich von Neapel. Das ernüchternde Ergebnis: Ausbeutung von MigrantInnen ist weit verbreitet. Das heißt: Bezahlung unterhalb des Mindestlohns (zwischen 15 und 25 Euro pro Tag, wobei oft 5 Euro für den Transport zum Arbeitsplatz abgezogen werden); willkürliche Lohnabzüge sowie verzögerte bis hin zu ausbleibenden Zahlungen; sehr lange Arbeitszeiten (bis zu 14 Stunden). Dazu kommen menschenunwürdige Massenunterkünfte, oft ohne fließend Wasser, Strom oder Heizung.

KRIMINELLE MACHENSCHAFTEN. Doch es sind nicht nur ArbeitgeberInnen, die sich die prekäre Situation der MigrantInnen zunutze machen. Amnesty weist einen kausalen Zusammenhang zwischen der Ausbeutung der ArbeiterInnen und der Migrationspolitik der italienischen Regierung nach. MigrantInnen brauchen eine Zusage des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin, um überhaupt ein Visum beantragen kön-

nen. Das wird von GeschäftemacherInnen in Italien sowie in den Heimatländern ausgenutzt. Ein weiteres Problem: Die bürokratischen Mühlen mahlen meist so langsam, dass es für ArbeitgeberInnen attraktiver ist, auf in Italien lebende illegale MigrantInnen als Arbeitskräfte zurückzugreifen. Diese sind erst recht dem Goodwill der ArbeitgeberInnen ausgeliefert. „Ich habe in den ersten vier Jahren, die ich in Italien war, in einer Fabrik gearbeitet, in der Kartoffeln und Zwiebeln für den Export verpackt wurden. Ich bekam 800 Euro pro Monat für 12 bis 14 Stunden Arbeit pro Tag. Es war wirklich harte Arbeit.

Mein Arbeitgeber erklärte mir, wenn ich hart und gut arbeiten würde, würde er mir Papiere besorgen – doch ich habe diese nie erhalten“, erzählt der indische Arbeiter Hari im Amnesty-Bericht.



Der Bericht zum Download <http://amnesty.org/en/library/asset/EUR30/020/2012/en/bb31a7ab-6537-43f8-92a8-c7b1f484198a/eu-r300202012en.pdf>

Sonja Fercher lebt als freie Journalistin in Wien.

DER KNOCHENMANN

VON DER AUFGABE, GUATEMALAS KNOCHEN ZU LESEN

„Ich versuche nicht, jemanden zu retten, ich versuche, mit Hilfe der Wissenschaft eine Geschichte zu erzählen.“

Freddy Pecereelli, ein guatemalte-kischer forensischer Anthropologe, steht vor einem Tisch, der etwas größer ist als er selbst, auf dem ein blaues Tuch liegt. Zwei seiner Kollegen, wie er mit Schürze und Latexhandschuhen bekleidet, halten Papiersäcke in ihren Händen. Nacheinander entnehmen sie ihnen Knochen und platzieren sie auf dem blauen Tuch. Erste Umrisse eines menschlichen Skeletts werden erkennbar. Nach einigen Minuten liegt das Skelett auf dem Tisch und wird von Freddy untersucht. Schweigend geht er um den Tisch herum, betrachtet es, hebt hin und wieder einen Knochen auf, um einen genaueren Blick drauf zu werfen. „Diese Person war enormer Gewalt ausgesetzt, ohne die Absicht ihn zu töten. Das sind die Spuren von Folter“.

Freddy ist der Gründer und Leiter der Stiftung für Forensische Anthropologie von Guatemala. Er ist einer jener Menschen, die nach sterblichen Überresten suchen, sie bergen und untersuchen. Sein Labor in Guatemala City ist eines der wenigen in Lateinamerika, das genetische Untersuchungen durchführt, um die Überreste der Opfer von Verschleppungen und Massakern, die zwischen 1960 und 1996 Zentralamerika erschütterten, zu identifizieren.

DIE KNOCHEN ERZÄHLEN EINE GESCHICHTE.

Zu Beginn kontaktieren MitarbeiterInnen des Instituts die Familien der Opfer, um zum Beispiel herauszufinden, wann dieses zuletzt gesehen wurde. Dann erstellen sie ein biologisches Profil. Diese Informationen dienen als Querverweise für die forensischen Untersuchungen. In manchen Fällen werden die Leichen im eigenen Dorf gefunden, in anderen liegen sie in anonymen Gräbern auf Friedhöfen oder in Massengräbern im freien Feld. Die ExpertInnen untersuchen jeden



einzelnen Knochen, um herauszufinden, ob die Person eines natürlichen Todes gestorben ist oder umgebracht wurde. Die entnommene genetische Information wird mit der Datenbank der Verwandten von Verschwundenen abgeglichen. Irgendwann kommt der Moment, in dem eine Familie erfährt, dass die Überreste des vermissten Familienmitglieds identifiziert sind.

Geboren in Guatemala und aufgewachsen in Brooklyn warnt Freddy heute davor, die Vorkommnisse als „Fälle

der Vergangenheit“ zu bezeichnen. Denn obwohl seine Organisation 400 Untersuchungen durchgeführt und die Überreste von rund 3.000 Menschen gefunden hat, wurden erst drei Fälle vor Gericht gebracht.

Im August 2011 sagte ein Team von forensischen Anthropologen, einschließlich Freddy, gegen vier Soldaten aus, die 1982 an einem Massaker an 250 Menschen in der nördlichen Stadt Dos Erres beteiligt waren. Jeder der Soldaten wurde zu über 6.000 Jahren Gefängnis verurteilt. (30 Jahre für jedes der 201 Opfer, die in der Studie identifiziert worden waren, und 30 Jahre mehr für Verbrechen gegen die Menschlichkeit). Aber Freddy hat einen Preis für sein Engagement bezahlt: Vier Tage nach der Urteilsverkündung erhielt er eine Notiz mit der Aufschrift: „Du wirst für jedes der 6.050 Jahre, das unsere Leute wegen dir absitzen, bezahlen. Wir werden dich nicht nur beobachten, wir werden mit dir genauso verfahren wie mit allen anderen.“

WEITERKÄMPFEN TROTZ DROHUNGEN. Seitdem wurde Freddy selten allein gesehen. Vier uniformierte Polizisten bewachen sein Büro. Zwei Polizisten in einem gepanzerten Wagen begleiten ihn, seine Frau und seine zwei kleinen Kinder rund um die Uhr. Aber er will sich nicht einschüchtern lassen. „Ich kann nicht beschreiben, wie es ist, bei einer Familie zu sitzen, um ihnen zu sagen: Wir haben ihre geliebten Menschen gefunden. Neulich habe ich mit der Frau eines Aktivisten, der verschwand, gesprochen. Seine Überreste wurden im November gefunden. Schon in der kurzen Zeit ist sie eine andere Person geworden. Sie sieht jünger aus, eine Schwere hat sich von ihren Augen gehoben. Zu wissen, was passiert ist, hat ihr Leben verändert und die Familie vereint.“

ERFOLGE

Laurent Ziegler



ZWANGSRÄUMUNGEN IN CLUJ-NAPOCA – POSITIVE ENTWICKLUNGEN

Die 12.000 Unterschriften, die die österreichischen AktivistInnen dem Bürgermeister von Cluj-Napoca in Rumänien übergeben wollten, haben ihren Adressaten schließlich doch noch erreicht. Er wurde beim Besuch eines Kindergartens mit den Unterschriften aus ganz Europa „überrascht“. In einem öffentlichen Interview hat er versprochen, eine Lösung des Wohnungsproblems für die vor zwei Jahren zwangsvertriebenen Roma zu finden. Amnesty International wird die Entwicklungen weiterhin in Auge behalten und darauf pochen, dass die Versprechungen eingehalten werden. Es muss sichergestellt sein, dass internationale Standards angewandt und keine weiteren Menschenrechte verletzt werden.

BRIEFMARATHON 2012 – 1,6 MILLIONEN UNTERSCHRIFTEN WELTWEIT!

Geschätzte 6.300 Personen haben sich österreichweit am Briefmarathon beteiligt. Mit ihrem Einsatz haben sie Azza Suleiman in ihrem Kampf für Gerechtigkeit unterstützt, sie haben die sofortige und bedingungslose Freilassung von Ales Bialiatsky gefordert und sich für die jugendlichen AktivistInnen von Girifna stark gemacht. Auch mehr als 60 Schulen und über 140 Klassen waren beim diesjährigen Briefmarathon mit dabei.

Ales Bialiatski erhält im Gefängnis an die 500 Briefe pro Tag! „Über Silvester hatte ich zwei ruhige Tage mit meiner Frau. An diesen Tagen las ich Hunderte von Briefen und Postkarten ... Ich kann aufrichtig sagen, dass ich jede einzelne gelesen habe. Ich spürte mit all meinen Sinnen eine Welle der



Unterstützung und starke Kraft, die von ihnen ausging. Es war ein unbeschreiblicher Jahreswechsel ... Ich denke ernsthaft darüber nach, wie ich all jenen Menschen, die mich unterstützen, aufrichtig und herzlich danken kann.“

Vielen herzlichen Dank für Ihre großartige Unterstützung!

NIGER-DELTA/NIEDERLANDE: SHELL WIRD ZUR VERANTWORTUNG GEZOGEN



Der Ölriese Shell ist zumindest teilweise für die Ölpest im Nigerdelta im Südosten Nigerias verantwortlich. Das hat ein Zivilgericht im niederländischen Den Haag am 30. Jänner 2013 entschieden.

Vier Bauern und Fischer hatten gegen den britisch-niederländischen Konzern geklagt und warfen ihm vor, durch ein Ölleck im Jahr 2005 drei Dörfer im Nigerdelta verseucht zu haben. Laut Gerichtsurteil muss Shell nun einem Bauern Schadensersatz zahlen. Der genaue Betrag soll erst zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden.

Amnesty International Österreich hatte im Frühling vergangenen Jahres auf die weit verbreitete Ölverschmutzung und die daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen im Nigerdelta aufmerksam gemacht.

„Allerdings unterstreicht die Tatsache, dass die anderen Ansprüche der Kläger abgewiesen wurden, wie schwer es für die Menschen im Nigerdelta ist, Recht zu bekommen, wenn ihr Leben durch Ölverschmutzung zerstört worden ist,“ sagt Audrey Gaughran, Leiterin des Afrika-Programms von Amnesty International.



ABDULLAH AKBARJAN BLICKT SEHNSÜCHTIG IN DIE FREIHEIT, NICHT EINMAL FÜR EIN FOTO KANN ER HINAUSGEHEN.

EINE KIRCHE WIRD ZUM GEFÄNGNIS

von Eva Bachinger

Rund 40 Asylwerber haben zu Weihnachten in der Wiener Votivkirche Zuflucht gefunden. Sie protestieren gegen das Asylsystem und fordern u. a. Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und Information und vor allem bessere Unterkünfte. Ein Teil von ihnen ist deshalb in einen wochenlangen Hungerstreik getreten.

Ein hoher schmiedeeiserner Zaun trennt sie von der Welt draußen. Eine Gruppe Männer steht dahinter bei einem Seiteneingang der Votivkirche. Hier dürfen sie rauchen, in der Ecke gegenüber stehen mobile Toiletten. „Die Kirche ist geschlossen, nur am Samstag und Sonntag können Sie hinein“, sagt ein Mitarbeiter des Österreichischen Wachdienstes beim Eingang. Erst nach Überprüfung des Presseausweises durch eine Caritas-Mitarbeiterin wird das kunstvoll verzierte Tor quietschend geöffnet. Die Männer drehen sich um. Ihr Blick ist müde. Die

Caritas hat den Flüchtlingen Quartiere angeboten, doch „sie wollen das bitterkalte Gebäude nicht verlassen“, heißt es. Sie können es nicht mehr verlassen, sagt Akbarjan. „Viele von uns haben einen negativen Asylbescheid. Draußen werden wir verhaftet oder man lässt uns nicht mehr rein“, befürchtet er. Er trägt eine blaue Haube und vier Schichten Kleidung, die ihm mittlerweile zu groß ist. Er schaut hinaus in den Park, dann in den grauen Winterhimmel. „Ich bin 23 und schaue aus wie 40“, sagt Abdullah Akbarjan resigniert. Abdullah Akbarjan bittet in die Kirche, wie er es wohl auch bei sich zuhause

tun würde: Er macht mit der Hand eine willkommene Geste und lässt den Vortritt. Draußen ist es wärmer als in der Kirche, und es ist düster. Das Licht von draußen fällt auf einen riesigen Luster, die Glasperlen blitzen kurz auf. Die Kirchenfenster mit blauen, grünen und roten Gläsern, der Hochaltar der neugotischen Basilika stehen im harten Kontrast zu dem Lager im Seitenschiff der Kirche. Es sieht aus wie ein Stilleben auf einem Gemälde: Die Umgebung ist dunkel, am Boden ein hell erleuchtetes Konglomerat von Matratzen, verschiedenfarbigen Schlafsäcken und Decken, daneben

summende Heizstrahler, Stühle, auf denen Teecontainer stehen und geöffnete Salzpackungen liegen. Ein junger Mann wird gerade von einem Arzt der Johanniter untersucht. Der wochenlange Hungerstreik und die bittere Kälte in der Kirche gehen an die körperliche und psychische Substanz. „Ich bin seit 23. Dezember hier und trinke nur Tee mit Zucker“, erzählt Akbarjan, der wie die meisten aus Afghanistan kommt.

DAS MEDIENINTERESSE IST GROSS. Einmal ist das Radio da, dann JournalistInnen von Zeitungen und vom Fernsehen. Einer, der sich als Khan Adalat und als „Spokesman“ der Gruppe vorstellt, sagt: „Einen Moment, Madam“ und zeigt auf seine Zigarette. „Sie sind aber nicht von der Kronen-Zeitung, oder?“ Er hat schon viele Interviews gegeben und seine Erfahrungen gemacht. Gerade baut der Dokumentarfilmer Igor Hauzenberger seine Kamera für ein Interview mit den Flüchtlingen auf, ein Kollege filmt die weißen, brennenden Kerzen, die am Boden vor dem Matratzenlager stehen.

Heute besucht auch der 19-jährige Ali Barati aus Afghanistan die Flüchtlinge. Er ist seit drei Jahren in Österreich und hat subsidiären Schutz gewährt bekommen. Mit manchen der Männer in der Kirche kann er sich nur rudimentär verständigen, weil sie kaum Persisch beherrschen. Sie sprechen Paschtu und Pashai, eigene Idiome, Farsi hätten sie in der Schule lernen können, sagt Barati. Wenn sie einmal dort gewesen wären.

Auch der Afghane Taraki Tajuddin, 21 Jahre alt, will reden. Wenn man die Männer fragt, was sie denn wollen, warum sie nichts mehr essen, kommt meistens die eine Antwort: „Ich möchte hier bleiben, arbeiten und vielleicht eine Familie gründen.“ Zuhause hat Tajuddin seine Eltern und drei jüngere Brüder zurückgelassen. Turi Liaqatali, 24 Jahre alt, war während seines Asylverfahrens in Landeck. Als er von dem Protest in der Kirche hörte, ist auch er nach Wien gekommen. Akbarjan sagt, er habe seit sechs Monaten keinen Kontakt mehr zu seiner Familie. „Ich weiß nicht, wo sie sind, wie es ihnen geht. Ich weiß nicht, ob sie leben oder tot sind.“ Er lebte in der Provinz Laghman, nahe der pakistanischen Grenze.

Reuters/Henwig Prammer

AUCH JESUS WAR EIN ASYLWERBER



Er erzählt von den ungezähmten Flüssen Alingar und Alinshing, terrassenförmigen Landschaften, wo Reis angebaut werde, von Steinhäusern. „Ich bin nach Pakistan geflüchtet und kam schließlich zufällig nach Österreich. Ich kannte dieses Land nicht. Ich hörte nur, dass wir hier Asyl bekommen können.“ Seit seinem zehnten Lebensjahr

„VIELE VON UNS HABEN EINEN NEGATIVEN ASYLBSCHIED. DRAUSSEN WERDEN WIR VERHAFTET ODER MAN LÄSST UNS NICHT MEHR REIN.“

hat er im Geschäft seiner Eltern mitgearbeitet, die mit Olivenöl handelten. Mit den Nachbarsjungen liebte er Cricket zu spielen, ein Mannschaftssport, den die Briten ins Land brachten. Obst und Gemüse aus Laghman könne man am Markt in Kabul kaufen, besonders Gurken, erzählt er. Er putzt sich die Nase, seit Tagen hat er einen hartnäckigen Schnupfen. Er würde gerne wieder essen. „Es ist so kalt hier in der Kirche. Wir hoffen so sehr auf eine Lösung.“

DEUTSCHKURSE ZUM ZEITVERTREIB. Die Männer scharen sich um einen Mann im Anzug. Er lacht mit ihnen und klopft einem aufmunternd auf die Schultern. Es ist Michael Hüpfel, Chef-

arzt der Johanniter, der jeden Tag vorbeischaut. „Wir haben es zum Glück mit einer sehr disziplinierten Gruppe zu tun, sie schauen aufeinander, damit alle genug trinken und Vitamine zu sich nehmen. Uns geht es darum, dass diese Menschen nicht zu Schaden kommen“, so der Mediziner. Einige sitzen mit Stift und Lehrbüchern auf den Matratzen und hören zwei jungen Frauen zu. Sie sprechen einzelne Wörter laut und deutlich vor, die Männer versuchen nachzusprechen. Sie kommen zweimal in der Woche und unterrichten die Flüchtlinge in Deutsch, ehrenamtlich und auf private Initiative. „Please donate your solidarity“, haben die Flüchtlinge auf Plakate geschrieben. Auch Jesus sei ein Asylwerber gewesen, steht auf einem anderen Plakat. Darunter sitzen Flüchtlinge in Decken gehüllt und trinken dampfenden Tee aus Pappbechern, einige schauen in Laptops, die gespendet wurden. Ein Kirchenfenster der Votivkirche fällt besonders auf: Es zeigt eine Szene aus dem Konzentrationslager Mauthausen. Widmung: ÖVP, Kameradschaft der politisch Verfolgten.

Eva Bachinger lebt als freie Journalistin in Wien. **Aktuelles Buch:** Eva Maria Bachinger/Martin Schenk: „Die Integrationslüge. Antworten in einer hysterisch geführten Auseinandersetzung“. Deuticke 2012



EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2013 IN VELDEN AM WÖRTHERSEE

Liebe Mitglieder von Amnesty
International Österreich,



es freut uns, Euch zu unserer Mitgliederversammlung 2013 an den wunderschönen Wörthersee, nach Velden, einladen zu dürfen! An dieser

Stelle möchten wir uns bei der Amnesty-Gruppe Villach bedanken. Mit ihrer wertvollen Unterstützung werden wir für Euch einen attraktiven und packenden Auftakt am Freitag in Villach organisieren, bei dem Ihr eine interessante Podiumsdiskussion verfolgen und Euer Wissen vertiefen könnt.

„Menschen auf der Flucht“ ist ein Dauerbrenner in der öffentlichen Diskussion in Österreich – sei es aufgrund des österreichischen Asylwesens, lokaler Flüchtlingspolitik oder das Schicksal der „Boat people“ im Mittelmeer. Für Amnesty International ist es ein Schwerpunktthema 2013. Aus diesem Grund wird unsere Mitgliederversammlung erstmals unter einem großen Hauptthema stehen.

Am Samstag und Sonntag erwarten Euch weitere spannende Workshops und Vorträge rund um das Thema „Flucht und Migration“. Bewegt Euch also nach Kärnten!

**Bis am 26. April in Villach, und
am 27. – 28. April 2013 in Velden!**

Toni Lorenz
Vorstandssprecher

Podiumsdiskussion Kärnten/Villach 26. 04. 2013 Ort: Parkhotel Villach, 20:00 Uhr **Geschlossene Gesellschaft – Europäische Sicherheitspolitik auf Kosten von Menschenleben**

Europa schottet sich zunehmend gegen MigrantInnen und Flüchtlinge ab. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben in den letzten Jahren vermehrt Maßnahmen zur Grenzkontrolle ergriffen. Flüchtlingsboote werden aufgegriffen oder zurückgedrängt, es gibt Rücknahmeübereinkommen mit Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden. Fast hat es den Anschein, als sei der Europäische Grenzschutz wichtiger als der Schutz und die Rettung von Menschenleben.

Unter der Leitung von **Eva Weissenberger** von der Kleinen Zeitung diskutieren: **Elias Bierdel**, deutscher Journalist und Experte am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung auf der Burg Schlaining

Bettina Gruber, Zeithistorikerin, Friedenspädagogin und Migrationsexpertin an der Universität Klagenfurt

Martin Watson, Leiter des European Council on Refugees and Exiles (ECRE)

Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International Österreich

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar!

Dank Ihrer Spenden konnten wir unsere Arbeit für Menschenrechte auch im Jahr 2012 erfolgreich weiterführen. Spenden an Amnesty International sind steuerlich absetzbar. Das bedeutet, dass Sie an Amnesty International mehr spenden können, ohne mehr Geld auszugeben! Ihre Unterstützung stärkt uns bei unserem Einsatz für Menschenrechte!

Und so funktioniert es:

- Mit der Spendenbestätigung für das Jahr 2012 haben Sie einen Überblick über die Spendensumme, mit der Sie Amnesty International unterstützt haben. Sie können Ihre gesamten Jahresspenden bis zur Höhe von 10% Ihrer Vorjahreseinkünfte als Sonderausgaben beim Finanzamt geltend machen.
- Je nach Höhe Ihres Einkommens erhalten Sie dann einen Teil der im vergangenen Jahr bezahlten Einkommens- bzw. Lohnsteuer (bis zu maximal 50% der Spendensumme) vom Finanzamt zurück.
- Sie können uns Ihren Steuervorteil schenken, indem Sie den beigelegten Erlagschein benutzen oder das Online-Formular auf unserer Homepage ausfüllen (<https://www.amnesty.at/spenden/>)!

Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Achtung: Mitglieder, die sich aktiv im Vereinsleben engagieren (Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung), können jedoch aufgrund der gesetzlichen Regelungen erst einen Betrag ab 55 € von der Steuer absetzen.



AN ALLE FRAUEN DIESER WELT, SEID STARK!

von Kristin Hulaas Sunde

Ein seltenes Interview mit Kim Bok-Dong, einer 90-jährigen südkoreanischen Frau, die aus ihrem Heimatdorf verschleppt und als „Trostfrau“ von der japanischen Armee während des Zweiten Weltkriegs missbraucht wurde.

Ich war 14 Jahre alt, als ich in die sexuelle Sklaverei durch die japanische Regierung gezwungen wurde. Sie sagten, sie bräuchten mich zur Arbeit in einer Fabrik, aber sie brachten mich und andere nach Taiwan, Hongkong, China, Malaysia und Indonesien. Ich war im Armee-Hauptquartier, damit musste ich überall hin. Es gibt keine Worte, die das beschreiben, was mir die Soldaten angetan haben – von Mittag bis 17.00 Uhr an Samstagen und von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr an Sonntagen. Am Ende des Tages konnte ich nicht einmal mehr sitzen. Nach acht Jahren des Leidens wurde ich zur Arbeit in einem Lazarett abgestellt. Mit der Absicht, jeden Beweis für uns Trostfrauen zu verstecken.

MUND AUFMACHEN. Ich bemerkte nicht einmal, dass der Krieg zu Ende war. Als ich wieder nach Hause kam, sagten sie, ich sei 22. Wie konnte ich irgendjemandem meine Geschichte erzählen? Ich hab mich so geschämt, weil es für mich als Frau so erniedrigend war. Die sozialen Umstände damals machten es noch

schwieriger. Also blieb ich still. Meine Eltern wollten, dass ich heirate, aber ich konnte nicht. Am Ende habe ich ihnen doch alles erzählt. Zuerst wollten sie mir nicht glauben, dann sagten sie, dass ich mich glücklich schätzen kann, überlebt zu haben.

Die Ignoranz der japanischen Regierung machte mich zornig. Ich dachte: Wir müssen jetzt den Mund aufmachen oder die Wahrheit wird nie ans Tageslicht kommen. Ich habe mich der Bewegung der Trostfrauen schon zu ihrem Beginn vor 20 Jahren angeschlossen. Eines Tages wurde nach Berichten von überlebenden Trostfrauen gesucht. Ich meldete mich. Leute haben mich besucht, sogar eine Fernsehstation kam zu mir. Als ich 1993 für die UN-Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien war, sind viele Frauen aus der ganzen Welt hinter uns gestanden und haben mit uns geweint. Ich schätze diese Unterstützung aus anderen Ländern.

KEINE ANTWORT AUS JAPAN. Der Krieg ist schon seit mehreren Jahrzehnten zu

Ende, aber es gibt immer noch keine Antwort aus Japan. Das ist der Grund, warum wir immer noch kämpfen.

KAMPF NOCH NICHT ZU ENDE. Wenn ich von UnterstützerInnen aus der ganzen Welt höre, dann bin ich einfach dankbar, und es gibt mir die Hoffnung, dass dieser Kampf vielleicht wirklich bald zu Ende ist. Ich bin jetzt 90 und das ist schon sehr ermüdend für mich. Aber ich will persönlich eine Entschuldigung von der japanischen Regierung erhalten. Ich mache das nicht für Geld. Ich will nur, dass die japanische Regierung ihre Handlungen bereut und bereit ist, Verantwortung für das zu übernehmen, was sie uns angetan hat, dass sie sich bei uns allen entschuldigt und unsere Menschenrechte respektiert.

An alle Frauen auf der ganzen Welt, seid stark. Kein Krieg! Keine Gewalt gegen Frauen!

Kristin Hulaas Sunde arbeitet als Journalistin bei Amnesty International in London.

HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE

WIR SIND FAST AM ZIEL

von Martin Stübinger

Militärische Angriffe auf die Zivilbevölkerung, brutale Niederschlagung von Demonstrationen, Verschleppungen, Geheimhaft, Folter, außergerichtliche Hinrichtungen, Massenvertreibungen, sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Rekrutierung von KindersoldatInnen – die Liste der Menschenrechtsverletzungen, die unter Einsatz oder Androhung von Waffengewalt begangen werden, ist lang.



Vielen bewaffneten Konflikten ging die massive Aufrüstung der späteren Konfliktparteien in einem Land oder einer Region voraus. Dennoch sind die internationalen Normen für den Handel mit Bananen und Dinosaurierknochen weitaus detaillierter und strenger als jene für den Waffenhandel.

RÜCKBLICK. Seit 1961 setzt sich Amnesty International für von Menschenrechtsverletzungen Betroffene ein. Im Laufe der Jahre verstärken wir unsere Bemühungen, präventiv zu arbeiten, Menschenrechtsverletzungen durch die Änderung nationaler Gesetze und internationaler Rahmenbedingungen möglichst wirksam zu verhindern.

Mitte der 1990er Jahre beginnen sich die FriedensnobelpreisträgerInnen Amnesty International und Dr. Oscar Arias für international verbindliche Regeln für Rüstungstransfers zu engagieren. Diese Initiative wird von StaatenvertreterInnen zunächst großteils belächelt. „Träumt weiter“ und „ihr seid naiv, wenn ihr glaubt, dass es so etwas jemals geben wird“ zählen zu den freundlicheren Reaktionen.

Einen ersten, regionalen Zwischenerfolg stellt die Annahme eines Verhaltenskodex für Rüstungsexporte durch die EU im Jahr 1998 dar. Fünf Jahre später startet Amnesty International gemeinsam mit Oxfam und IANSA die Control-Arms-Kampagne. Mehr als eine Million Menschen weltweit unterstützen eine Petition für einen in-

ZEHN GRÜNDE FÜR EINE WELT- WEITE WAFFENHAN- DELSKONTROLLE

1. Jede Minute stirbt ein Mensch durch Waffengewalt, rund 500.000 Menschen jedes Jahr
2. Es gibt klare Regeln für den Handel mit Bananen, aber nicht für Waffen
3. Jedes Jahr werden 12 Milliarden Patronen hergestellt
4. Mehr als 40 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung
5. Es gibt hunderttausende KindersoldatInnen in mindestens 14 Ländern
6. Bewaffnete Konflikte zerstören bestehende Strukturen, behindern Entwicklung und fördern Korruption und Armut
7. Waffen fördern Gewalt gegen Frauen
8. Waffenhandel ist ein Bombengeschäft, das auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten boomt
9. Drei Viertel aller gehandelten Rüstungsgüter stammen aus nur sechs Ländern: USA (35%), Russland (15%), Deutschland (7%), Großbritannien (6%), China (6%) und Frankreich (4%).
10. Ein wirksames Waffenhandelsabkommen kann jährlich Tausende von Leben retten



internationalen Waffenhandelskontrollvertrag (Arms Trade Treaty), die 2006 an den damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan übergeben wird. Noch im selben Jahr beschließt die UN-Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit und nur einer Gegenstimme, die Machbarkeit eines derartigen Abkommens zu prüfen. Konsultationen mit den UN-Mitgliedsstaaten, die Einrichtung einer Gruppe von RegierungsexpertInnen, eine weitere UN-Resolution zur Ausarbeitung eines Waffenhandelskontrollvertrags und die Tagung Vorbereitender UN-Ausschüsse folgen.

ERFOLG IN GREIFBARER NÄHE. Schließlich, im Juli 2012, scheint der Erfolg all unserer Bemühungen in greifbare Nähe gerückt: VertreterInnen aller Staaten beraten in New York vier Wochen lang über den endgültigen Wortlaut des Waffenhandelskontrollvertrags. Doch kurz vor Ende der Konferenz geben die USA bekannt, mehr Zeit zur Prüfung des Vertragstextes zu benötigen. Dieser Position schließen sich unter anderem Russland, China, Syrien, Ägypten, Iran, Venezuela, Kuba und Nordkorea an.

AUSBLICK. Die Ernüchterung der ersten Tage nach der Konferenz ist gewichen und hat wieder vorsichtiger Hoffnung Platz gemacht. In einer ihrer letzten Resolutionen vor Jahresende beschloss die UN-Generalversammlung, im März 2013 erneut eine Vertragsverhandlungskonferenz abzuhalten. Der aktuelle Vertragsentwurf, der auf der Konferenz erarbeitet wurde, stellt trotz einzelner Schwachstellen eine gute Grundlage dar. Er beinhaltet wichtige Amnesty-Forderungen, wie etwa die „Goldene Regel“ (Verbot der Genehmigung von Rüstungsexporten, wenn diese zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts beitragen könnten) und die Kontrolle des Handels mit Klein- und Leichtwaffen. Der Waffenhandelskontrollvertrag ist kein Allheilmittel. Doch er könnte einer der wichtigsten Beiträge der internationalen Staatengemeinschaft sein, um Menschenleben zu retten und zahllose Menschenrechtsverletzungen zukünftig zu verhindern.

Martin Stübinger ist Policy Adviser bei Amnesty International Österreich



WERDEN SIE GLEICH AKTIV!

UNTERSCHREIBEN SIE DIE PETITION AUF WWW.AMNESTY.AT/HAENDEHOCH

WERDEN SIE AKTIVER!

DRUCKEN SIE DIE PETITIONSLISTE VOM DOWNLOADBEREICH AUS UND SAMMELN SIE IN IHRER UMGEBUNG UNTERSCHRIFTEN FÜR EINEN VERBINDLICHEN INTERNATIONALEN WAFFENHANDELSKONTROLLVERTRAG! STELLEN SIE IHRE SAMMELAKTION UNTER DAS MOTTO: BLUMEN STATT WAFFEN!

DAS FORDERT AMNESTY INTERNATIONAL:

- **KEINE WAFFEN FÜR MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN:** DIE LIEFERUNG VON WAFFEN DARF NICHT GENEHMIGT WERDEN, WENN BEI IHREM EINSATZ DIE MENSCHENRECHTE SCHWERWIEGEND VERLETZT WERDEN KÖNNTEN.
- **KEINE AUSNAHMEN:** DER VERTRAG MUSS FÜR ALLE ARTEN VON WAFFEN UND MUNITION GELTEN.
- **STRIKTE KONTROLLEN:** DIE EINHALTUNG DES VERTRAGS MUSS STRENG KONTROLLIERT WERDEN. ALLE STAATEN MÜSSEN IHRE RÜSTUNGSEXPORTE TRANSPARENT MACHEN.

DATEN

11. MÄRZ 2013:

PETITIONSÜBERGABE „HÄNDE HOCH FÜR WAFFENKONTROLLE“ AN DIE US-AMERIKANISCHE BOTSCHAFT IN WIEN

18. – 28. MÄRZ 2013:

VERTRAGSVERHANDLUNGSKONFERENZ IN NEW YORK



„SIE HABEN UNS BEHAND



Die Roma, die vor zwei Jahren aus ihren Häusern im rumänischen Cluj vertrieben wurden, protestieren gegen die katastrophalen Lebensbedingungen, denen sie ausgesetzt sind. Amnesty International unterstützt sie dabei.

In der kleinen Roma-Gemeinschaft in Pata Rat herrscht Aufregung, gleich will man in die Stadt aufbrechen. Ein Dutzend Männer und Frauen eilen den gatschigen, steilen Pfad hinab Richtung Straße, dort wartet schon der Bus. Man feiert ein trauriges Jubiläum. Vor zwei Jahren wurden 76 Familien gezwungen, ihre Häuser im Zentrum der Stadt Cluj-Napoca in Siebenbürgen zu verlassen. Sie hatten zwei Tage Zeit, ihre Sachen zu packen, dann wurde die Siedlung dem Erdboden gleichgemacht. Die Stadtverwaltung hatte das Land der orthodoxen Kirche überschrieben. Doch der Platz blieb leer. Ganz hinten, am Rand des Grundstücks, steht ein neuer Kinderspielfeld, aber die Schaukeln und Rutschen bleiben ungenutzt. Lediglich die Konturen der Grundrisse am Boden zeugen davon, dass hier einst hunderte Menschen wohnten. Heute, zwei Jahre nach der Zwangsräumung, sind die Menschen, die damals vertrieben wurden, immer noch fassungslos über diese Ungerechtigkeit. Ein Groß-

teil lebt nun in Pata Rat, einer Roma-Siedlung außerhalb der Stadt. Bis zu 16 Personen teilen sich hier ein Haus, bestehend aus einem einzigen, 18 Quadratmeter großen Raum.

SUCHE NACH LÖSUNGEN. Der Bus bringt die Roma nach Cluj, wo heute Abend eine Podiumsdiskussion stattfindet: VertreterInnen von Amnesty International und anderen NGOs sowie den Vereinten Nationen und der städtischen Behörden sollen über die prekäre Lage der Roma und eine mögliche Lösung der Situation sprechen. Auch die Vizebürgermeisterin hat sich angekündigt. Ihr wollen die Amnesty-Aktivistinnen, die aus Österreich angereist sind, eine Petition mit fast 12.000 Unterschriften überreichen: Gefordert werden etwa Zugang zu sauberem Wasser und sanitäre Einrichtungen für die Familien in Pata Rat.

Für die Roma soll unter anderem Claudia Creta sprechen. Sie hat lange darauf gewartet, der Stadtverwaltung ihre Sicht der Dinge darzustellen. Die

Romni wohnt mit ihrem Mann und den drei Söhnen in einem der staatlichen Häuser in Pata Rat. Die Stadtverwaltung hatte ihnen vor der Umsiedlung eigene Badezimmer versprochen, heißes Wasser und richtige Häuser mit Böden aus Holz. Doch der Raum, den sich die Cretas teilen, bietet kaum genug Platz für die Küche, Schränke und das kleine Bett, das als Sofa und als Schlafplatz für die Kinder dient – die Erwachsenen schlafen am Boden. Es ist stickig in dem Haus, der Boden besteht aus gewelltem Linoleum, in den Ecken klebt der Schimmel. Das Badezimmer teilen sich die Cretas mit drei anderen Familien. „Heißes Wasser gibt es keines“, sagt Claudia Creta, „Es ist, als hätten sie uns die Duschköpfe nur zur Zierde eingebaut“. Die Menschen sind sich einig: Eigentlich sollte hier überhaupt niemand wohnen. Pata Rat liegt auf einer kahlen Hügelkette etwa zehn Kilometer außerhalb der Stadt. Unmittelbar neben der Siedlung befindet sich eine städtische Mülldeponie. Keine hundert Meter vom ersten Haus

ELT WIE TIERE“



Von Siobhan Gheets, Fotos: Laurent Ziegler

entfernt steht ein Lagerplatz für pharmazeutische Abfälle. Der Gestank ist selbst im Winter unerträglich.

AN DEN RAND GEDRÄNGT. „Zuvor lebten wir in der Costei-Straße mitten in der Stadt, gleich neben der Bibliothek, die Kinder hatten Zugang zu Computern und Internet“, sagt Claudia, „Jetzt müssen die Kinder um halb sechs Uhr Früh aufstehen.“ Der Bus in die Stadt fährt nur zwei Mal täglich. In der Früh bringt er die Kinder zur Schule, zu Mittag kommt er zurück nach Pata Rat. Das ist vor allem für die wenigen Erwachsenen, die noch einen Job haben, ein großes Problem. Seit der Umsiedlung ist es schwer geworden, eine Stelle zu finden. Claudias Cousin Alex Creta ist seit zwei Jahren arbeitslos. Nach der Umsiedlung stellte die Stadt sicher, dass alle Erwachsenen eine neue ID-Karte bekommen, auf der die neue Adresse steht. „Auch wenn ein Vorstellungsgespräch gut läuft, sobald die Menschen sehen, dass wir in Pata Rat wohnen, ändert sich ihre Einstel-

lung und sie bekommen diesen Blick: Aha, daher kommt ihr also“, erklärt Alex. Auch, wenn es die wenigsten offen zugeben: Einen aus Pata Rat will niemand anstellen.

WIR WOLLEN ARBEITEN. Alex wünscht sich einen fixen Job, und dass seine Töchter jeden Tag warm duschen können, dass sie zu Fuß zur Schule gehen, ohne durch den Müll und den Gatsch zum Bus gehen zu müssen. „Wir Roma sind nicht alle Bettler und Diebe“, sagt Alex, „wir brauchen keine Almosen, wir wollen und können hart arbeiten wie jeder andere auch.“ Das Wichtigste, sagt Alex, sei, dass auch die anderen Roma eine Bleibe fänden. Damit meint er die 40 Familien, deren Häuser ebenfalls niedergedrissen wurden, für die aber in Pata Rat kein Platz mehr war. Sie haben alles verloren und leben seither bei FreundInnen und Verwandten.

Siobhan Gheets arbeitet als freie Journalistin in Wien

Ein Treffen auf Augenhöhe

Von Banie Kastl

Am Sonntag, dem 16. Dezember, fuhr eine bunt gemischte Gruppe von zwanzig österreichischen Amnesty-Aktivistinnen und -Aktivisten mit einem Bus nach Rumänien. Am darauffolgenden Abend nahmen wir gemeinsam mit Betroffenen, anderen NGOs und Privatpersonen an einer großen Öffentlichkeitsaktion vorm Rathaus der Stadt teil. Die lange Menschenkette, die Laternen, die TrommlerInnen, kurze Reden, an die Wand des Rathauses projizierte Bilder: Es war beeindruckend. Großartig war das Interesse der Medien.

Anschließend besuchten wir die Vernissage einer Kunstaktion, bei der unter anderem eine im Maßstab 1:1 aufgebaute Wohnung gezeigt wurde, die Videodokumentation sowie Fotos der Geschehnisse und Aktionen der letzten zwei Jahre, Kinderzeichnungen und das Modell einer Wohnung, bei dem versucht werden konnte, diese mit den vorhandenen Möbeln einzurichten. Muss man erwähnen, dass dies nicht möglich ist?

Nach einem Besuch am Dienstag in der Siedlung Pata Rat, wo wir einen Eindruck der Wohnverhältnisse gewinnen konnten, stand noch eine Konferenz an der Uni am Programm. Leider konnten wir die gesammelten Unterschriften an keine VertreterInnen der Stadt übergeben, die waren nicht gekommen (die Übergabe wurde aber nachgeholt). Es gab viele Statements, Wortmeldungen und Diskussionen, aber wenig Konkretes.

Was ist mein persönliches Resümee? In Cluj konnten wir mit den Betroffenen reden, uns in ihre Situation hineinendenken, und wir konnten ihnen zeigen, wer die sind, die sich aus dem Ausland für sie einsetzen. Ich denke, diese Reise war ein Treffen auf Augenhöhe und eine Premiere – eine Aktion in einem anderen Land war noch nie gemacht worden.

Banie Kastl ist seit 35 Jahren ehrenamtliches Mitglied der Gruppe Linz.



DEIN JOB BEI AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



DU HEBST DICH AB!

Menschen werden aufgrund ihrer politischen Ansichten inhaftiert, Unschuldige werden ohne fairen Prozess hingerichtet, Familien verlieren über Nacht ihr Zuhause und ihre Lebensgrundlage. Menschenrechtsverletzungen passieren tagtäglich.

Wir schauen hin, wo andere wegschauen! Sei dabei!

Denn Du

- ... hast genug davon das Unrecht auf dieser Welt wortlos hinzunehmen!
- ... bist redegewandt und hast ein starkes Auftreten!
- ... bist einzigartig und hinterlässt einen bleibenden Eindruck!

Wir bieten

- ... Dir das Publikum für Deine Botschaften.
- ... den Fun-Faktor, um richtig gut zu sein.
- ... sehr gute Verdienstmöglichkeiten mit Sinn.
- ... flexible Arbeitszeiten.
- ... rasche Aufstiegschancen.
- ... professionelle Schulungen.

Werde WerberIn, Fun(d)raiserIn, DialogerIn bei Amnesty International Österreich. Dein Haupt-, Teilzeit-, Sommer-, oder Studentenjob ist

ECHTER EINSATZ FÜR ECHT WICHTIGES!

www.aiwwf.at

ECHTER EINSATZ FÜR ECHT WICHTIGES

von Christine Pendl

Der Straßenwerber Merlin Trampert war auf der Reise nach Cluj auch als Fundraiser erfolgreich.



Merlin Trampert, 19

- ▶ macht neben seinem Job als Fundraiser für die ARGE AIWWF die Abendmatura.
- ▶ ist Musikproduzent aus Leidenschaft.
- ▶ spart auf eine Reise nach Indien und Südostasien nach der Matura.
- ▶ möchte nach seiner Rückkehr studieren.
- ▶ wünscht sich beruflich für Amnesty International Menschenrechtsarbeit in Indien zu machen.

Amnesty Journal: Warum bist du in deiner Freizeit nach Cluj-Napoca mitgefahren?

Merlin Trampert: Weil es mich total interessiert hat. Weil ich fast ein halbes Jahr auf der Straße mit den Leuten über das Thema Zwangsräumungen gesprochen habe und dann sehen wollte, wie es wirklich ist. Die Roma-Familien haben zwei Jahre lang immer nur leere Versprechungen gekriegt, das ist ganz schön hart. So haben die Familien gesehen, wie viele Leute sich für sie engagieren und sich über sie Gedanken machen. Das gibt ihnen Hoffnung und Kraft.

Du hast auf der Reise sogar einen neuen Amnesty-Förderer gewonnen.

Ja, auf der Rückfahrt bin ich vorne gesessen und habe mit dem Busfahrer geplaudert und irgendwann hat er gefragt, wie er Mitglied der Mannschaft werden kann. Im Laufe der Reise hat er viel von der Arbeit von Amnesty

mitbekommen. Er hat direkt gesehen, was wir in Rumänien machen, wie viele Unterschriften wir mitgebracht haben. Jetzt ist er ehrenamtlich dabei und fördert unsere Arbeit mit € 15,50 im Monat. Es war eine tolle Stimmung im Bus, und er hat sich sehr gefreut, mit dabei zu sein.

Was an der Arbeit von Amnesty hat ihn überzeugt?

Besonders begeistert war er, dass wir an die Wurzel der Probleme gehen, dass wir etwas verändern an der Einstellung in den Ländern, in denen wir arbeiten. Es hat ihn überzeugt, dass wir grundlegende Veränderungen bewirken, keine Hilfsleistungen an der Oberfläche.

Warum arbeitest du als Fundraiser für Amnesty?

Ich sehe es als Verpflichtung, mich zu engagieren. Wir haben das Glück in Österreich geboren zu sein, wir haben

das Geld, wir haben die Möglichkeiten: Andere Menschen haben das nicht. Wir müssen einfach etwas tun. Meine Leidenschaft ist es, Menschen Denkanstöße zu geben. Als Werber hört man vieles, was komplett unter der Gürtellinie ist, und da möchte ich etwas dagegen tun. Ändern kann ich Menschen nicht, aber mit guten Argumenten Gespräche führen.

Ist werben für Amnesty ein harter Job?

Ich habe schon eine Ohrfeige kassiert, ein Kollege hat ein Ei ins Gesicht bekommen. Aber man lernt auch viel über Menschen. Ich höre mir ihre Argumente an und lasse sie mir durch den Kopf gehen, aber ich sage auch meine Meinung. Natürlich regt es mich auf, wenn jemand sagt: 'Was gehen mich die Kindersoldaten an? Das betrifft mich ja nicht.' Ich kann nur versuchen, so viele Menschen wie möglich jeden Tag aufs Neue für die Arbeit von Amnesty zu begeistern.

PODIUMSDISKUSSION A LIFE ON HOLD REFUGEE RESETTLEMENT IN THE EU

**EIN LEBEN IN DER WARTESCHLEIFE –
WIEDERANSIEDLUNG VON FLÜCHTLINGEN IN DER EU**

Donnerstag, 18. April 2013 • 19:00 – 21:00
Haus der Europäischen Union • Wipplingerstraße 35, 1010 Wien

Hunderttausende Flüchtlinge befinden sich in einer andauernden Warteschleife. Aufgrund von Krieg und politischer Verfolgung können sie nicht in ihre Heimat zurück. Viele von ihnen verbringen Monate, manchmal sogar Jahre in Flüchtlingslagern, oft in der Nähe von Konfliktregionen.

Eine Niederlassungserlaubnis in einem anderen Land zu bekommen, ist für diese Flüchtlinge oft die letzte Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit. Die Wiederansiedlungsprogramme der Europäischen

Union bieten derzeit jährlich insgesamt zwischen 4.000 und 5.000 Flüchtlingen diese Möglichkeit – wobei manche EU-Mitgliedsstaaten, wie Österreich, über gar keine Wiederansiedlungsprogramme verfügen.

Die unwürdige Situation von Asylsuchenden nach den Umbrüchen im Nahen Osten macht eine Ausweitung der Wiederansiedlungsprogramme der EU erforderlich.



Ludwig Boltzmann Institut
Menschenrechte



Unter der Moderation von Manfred Nowak, Leiter des Ludwig Boltzmann Institutes, diskutieren:

Christoph Pinter, Leiter des Österreich-Büros des UNHCR,
Marcin Pruss, Policy Officer für Asyl und Migration in der Europäischen Kommission,
Anneliese Baldaccini, Executive Officer für Asyl und Migration des EU-Büros von Amnesty International und ein/e Vertreter/in des österreichischen Innenministeriums.

Eine Kooperation von Amnesty International Österreich, dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte und dem Haus der Europäischen Union

Diese Veranstaltung wird in englischer Sprache gehalten.
Mehr Infos finden Sie auf:
www.amnesty-academy.at

ANZEIGE

**„Bio ist mehr
als gutes Essen!“**

Bio bedeutet auch bewusst eintreten für vielfältiges Leben und aktiven Umweltschutz.

Im **ADAMAH BioKistl** liefern wir Ihnen frisches **Bio Gemüse** von unseren Feldern und eine Vielfalt an hervorragenden **Bio Spezialitäten direkt nach Hause.**

Zusätzlich finden Sie uns auch auf den verschiedenen **BioMärkten in Wien und Umgebung.**

Frische Infos:
www.adamah.at // Tel. 02248 2224



ADAMAH
BioHof

Das bin ich.

Sie können unmittelbar etwas bewegen – mit den angehängten Postkarten. Der massive internationale Druck von Menschen wie Ihnen zeigt Wirkung: Unschuldige werden freigelassen, bedrohte Menschen werden geschützt, zum Tode Verurteilte werden nicht hingerichtet. Ihre Unterschrift macht einen Unterschied!

Wenn Sie sich regelmäßig gegen drohende Menschenrechtsverletzungen einsetzen möchten, werden Sie doch Teil unseres Urgent-Action-Netzwerks! www.amnesty.at/urgentaction.

BRASILIEN: SCHUTZ FÜR LAÍSA SANTOS SAMPAIO

E. Gillingham/CAFOD



Laísa Santos Sampaio, 45 Jahre alt, lebt in ständiger Todesangst.

Sie ist Lehrerin in einer kleinbäuerlichen Gemeinschaft von rund 350 Personen in Ipixuna/Praia Alta Piranheira im brasilianischen Amazonasgebiet und kämpft seit Jahren gegen illegale Waldrodungen seitens holzverarbeitender

Unternehmen oder Landbesitzern, welche die Existenz der Dorfgemeinschaft bedrohen.

Im Mai 2011 wurden Laísas Schwester Maria do Espírito da Silva und ihr Schwager José Cláudio Ribeiro – beide aktiv gegen illegale Rodungen – von Auftragskillern auf offener Straße erschossen.

Dutzende von Mitgliedern der Gemeinschaft sind seither aus Furcht um ihr Leben geflohen. Nachdem ihr Haus und ihre Felder bereits 2010 niedergebrannt worden sind, erhielt Laísa im August 2011 dieselben Drohungen wie zuvor ihre danach ermordeten Verwandten: Eine Kokospalme wurde 150 Meter vor ihrem Haus über die Straße gelegt und ihr Hund mit acht Schüssen getötet.

Trotzdem hat es die brasilianische Regierung bislang abgelehnt, Laísa Santos Sampaio unter das nationale Schutzprogramm für bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen zu stellen.

Zeigen Sie Solidarität mit Laísa Santos Sampaio's mutiger Arbeit, die Angst in Hoffnung verwandelt! Schreiben Sie noch Ihre eigenen, ermutigenden Worte auf die Postkarte!

(Porto Standardbrief bis 20 g: EUR 1,70)

S.O.S. EUROPA – Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen in Europa stärken



Tausende Menschen flüchten jährlich über das Mittelmeer nach Europa aus Angst vor Haft, Misshandlung und Folter, weil in ihrer Heimat Krieg herrscht oder ihnen kein Leben in Würde möglich ist. Viele erreichen ihr Ziel nicht. Mindestens 1500 Männer, Frauen und Kinder sind im Jahr 2011 auf ihrer Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken.

Die EU-Mitgliedsstaaten haben in den letzten Jahren vermehrt Maßnahmen zur Grenzkontrolle ergriffen. Beispielsweise werden Flüchtlingsboote abgefangen und zurückgedrängt oder Rücknahmeübereinkommen mit Ländern, in denen Menschenrechte verletzt werden, abgeschlossen. Dadurch sind Flüchtlinge und MigrantInnen schwerwiegenden Gefährdungen ausgesetzt. Es hat den Anschein, dass der Grenzschutz für Europa wichtiger geworden ist als der Schutz und die Rettung von Menschenleben.

Oftmals sind Abkommen und Maßnahmen zur EU-Grenzkontrolle nicht transparent und öffentlich zugänglich, wodurch Menschenrechtsverletzungen vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen bleiben.

Schicken Sie Ihren S.O.S. -Ruf an Europa, damit die Verantwortlichen das Leben der Migranten und Migrantinnen schützen und für die Folgen ihrer Migrationspolitik einstehen!

(Porto Standardbrief bis 20 g: EUR 0,62)



KURS AUF MENSCHENRECHTE.

WIR BILDEN DIE ZIVILGESELLSCHAFT.

Zivilcourage lässt sich lernen. In der Amnesty Academy.
Workshops, Diskussionen und Lehrgänge unter www.amnesty-academy.at

AMNESTY
INTERNATIONAL



ACADEMY